

Presseerklärung



Lesbisches Aktionszentrum (LAZ) reloaded^{xx} e.V.
Der Verein für lesbische Sichtbarkeit.

- Das geplante Gewalthilfegesetz der Rest-Ampel konterkariert den dringend notwendigen besseren Schutz von Frauen vor Gewalt -

Über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten ist, dass für einen verbesserten Schutz von Frauen vor Gewalt dringender politischer Handlungsbedarf besteht. Die statistisch belegte, erschreckende Zunahme der Opferzahlen aller Formen von Gewalt, einschließlich der Femizide, beweist dies nachdrücklich.

Allerdings besteht Uneinigkeit über die konkrete gesetzliche Umsetzung. Ein gemeinsamer Gesetzentwurf von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde nach einer ersten Bundestagsdebatte im Dezember 2024 an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen, wo nun am Montag, 27. Januar, eine Sachverständigenanhörung angesetzt ist.

Während der Deutsche Städtetag aus Kostengründen - die Umsetzung und Finanzierung der Gesetzesvorgaben ist Ländersache - Frauen als Anspruchsberechtigte für die Hilfsangebote gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt in den Blick nehmen, ist unsere Kritik grundsätzlicherer Art.

Schon in „§ 2 Begriffsbestimmungen“ definieren die VerfasserInnen des Gesetzentwurfs geschlechtsspezifische Gewalt als „Gewalthandlung...die sich gegen eine Person aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität richtet...“. Damit bedient sie abermals eine Genderideologie, die hier den Schutz von Frauen mit Gewalterfahrungen sogar weiter gefährdet. Da Männer seit Inkrafttreten des sog. Selbstbestimmungsgesetzes einfach durch Selbsterklärung beim Standesamt ihren Personenstand ändern können, hätten sie als „Frauen“ Anspruch auf Zugang zu Frauenhäusern, Beratungszentren, Therapiegruppen und allen weiteren Hilfseinrichtungen im Rahmen dieses geplanten Gesetzes. Die Ineinssetzung geschlechtsspezifischer Schutzinteressen mit einer gefühlten ‚Geschlechtsidentität‘ lehnen wir entschieden ab und haben unsere Kritikpunkte in einer Stellungnahme an die Mitglieder des Ausschusses dargelegt (s. Anlage).

LAZ reloaded e.V., Berlin 21.01.2025

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung: <mailto:laz.reloaded@gmx.com>